

21.06.2022

# Antrag

der Fraktion der SPD

**Die Landesregierung lässt die Beschäftigten von Vallourec im Stich. Für das Ziel einer klimaneutralen Industrie in Nordrhein-Westfalen braucht es eine aktive Industriepolitik, um den Ausverkauf kritischer Infrastruktur im Land zu unterbinden und die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft zu unterstützen.**

## I. Hintergrund

Am 18 Mai 2022 wurde publik, dass der französische Stahlrohrkonzern Vallourec seine beiden Werke in Düsseldorf und Mülheim an der Ruhr nach über 50 bzw. 120 Jahren der Produktion Ende 2023 schließen wolle. Dann stehen rund 2400 Beschäftigte, zwei weitere Industriestandorte und damit verbundene Wertschöpfung und Know-how vor dem Aus.

Der Konzern gibt „Überkapazitäten in der Branche, sinkende Margen, aber auch externe Schocks“ als Grund für Verluste in Höhe von 700 Millionen Euro seit 2015 an, aufgrund derer die Schließung erfolge.<sup>1</sup> Im Gegenzug verlagert Vallourec die Produktion nahtloser Rohre für Öl- und Gasfelder nach Brasilien. Die Werksschließungen wären ein herber Rückschlag für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Allein in der Stahlindustrie sind 45.000 Beschäftigte in überwiegend hochwertigen Arbeitsverhältnissen tätig. An einem Industriearbeitsplatz hängen etwa drei weitere Stellen. Es drohen zudem Negativeffekte in den Wertschöpfungsketten, etwa bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM), die Vormaterial an ihre drei Gesellschafter liefern – Vallourec ist mit 20 Prozent beteiligt. Nur wenn die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen gehalten wird, kann die Transformation zum nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Industriestandort gelingen. Andernfalls fiele eine tragende Säule der industriellen Basis weg. Darüber hinaus sind die Produkte der Stahlindustrie für die Energiewende grundlegend: Vom Bau der Windkraftanlagen über die Aufständerung von Photovoltaikanlagen bis zum Ausbau der Leitungsinfrastruktur, überall ist Stahl wesentlicher Bestandteil. Auch hochwertige Röhrensysteme im Speziellen, wie Vallourec sie produziert, sind für die Energiewende beim Ausbau des Wasserstoffnetzes oder der Produktion von größeren Heizungs- und Kühlwassersystemen bedeutsam.<sup>2</sup>

Stahl ist aus Gründen der Energiesouveränität systemrelevant: nur wenn kritische Infrastruktur, Fachwissen und Fertigkeiten der Beschäftigten und ihrer Produktion nicht aus der Hand gegeben werden, können wirtschaftliche bis hin zu geopolitischen Abhängigkeiten auch von autokratischen Staaten vermieden werden. Bei einer Schließung gingen erneut Schlüsseltechnologien am heimischen Wirtschaftsstandort verloren.

<sup>1</sup><https://www.boersen-zeitung.de/unternehmen-branchen/vallourec-will-deutsche-werke-schliessen-faa9403a-d73e-11ec-91db-7926653cc795>

<sup>2</sup> Rheinische Post vom 23.05.2022, S. 17, abrufbar unter: [https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-robert-habeck-prueft-hilfe-fuer-das-vallourec-werk\\_aid-70095315](https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-robert-habeck-prueft-hilfe-fuer-das-vallourec-werk_aid-70095315)

Ministerpräsident Wüst lässt über einen Sprecher auf Nachfrage der WAZ ausrichten, er „sehe Stahl als systemrelevant an“.<sup>3</sup> Einer solchen Erkenntnis müssen Taten folgen. Doch diese blieb die Landesregierung über Jahre schuldig – kein Stahlgipfel, keine Unterstützung von Thyssenkrupp Steel, keine breite Investitionsförderung in der Transformation. Auch jetzt sind keine Anzeichen einer aktiven Industriepolitik erkennbar. Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart begrüßt Gespräche über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan bei Vallourec. „Neue Perspektiven braucht auch die Region, damit wichtige Industriearbeitsplätze erhalten bleiben und neue Wertschöpfung entstehen kann“, so Pinkwart in dem Moment, in dem der Arbeitsplatzverlust droht. Dies sei eine „unternehmerische Entscheidung“.<sup>4</sup> Da die klimaneutrale Stahlproduktion eine „gewaltige, aber für unseren Wirtschaftsstandort existenzielle Aufgabe“ sei, das habe „der Ministerpräsident bereits häufig unterstrichen, müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um die für den ganzen Standort wichtige Schlüsselindustrie Stahl zu halten“, zitiert die WAZ vom 1. Juni 2022 die Staatskanzlei.<sup>5</sup>

„Alle Möglichkeiten“ zu nutzen bedeutet mehr als die Hände in den Schoß zu legen und darauf zu verweisen, dass „Unternehmen Entscheidungen zur Fortführung von Standorten in eigener Verantwortung“<sup>6</sup> trafen. Seitens der IG Metall und des Betriebsrats wird angezweifelt, dass die Konzernführung den Verkaufsprozess ernsthaft verfolgt habe. Dabei stehe weiterhin ein „strategischer Investor mit Produktionsportfolio im örtlich nahen Umfeld“ bereit und zeige „großes Interesse an einer Werksübernahme“.<sup>7</sup> Alle Möglichkeiten zu nutzen beinhaltet, das politische Gewicht eines Ministerpräsidenten einzusetzen und mit der Konzernführung von Vallourec in Austausch zu treten, um Vermittlungsmöglichkeiten auszuloten, um den Konzern an den Verhandlungstisch mit Kaufinteressenten zu bringen, um eine moderierende Rolle in diesem Prozess einzunehmen.

Vallourec fokussiert sich bei der Rohrproduktion weiterhin auf die Gas- und Ölförderung. Eine Ausrichtung auf erneuerbare Energien hätte Potenzial: Ob Geothermie-Rohre, Gerüste für PV-Anlagen oder Rohrleitungen für den Wasserstofftransport – die Anwendungsmöglichkeiten sind vielfältig. Derartige Konzepte sind vor dem Hintergrund einer Standortweiterentwicklung ernsthaft zu prüfen. Bevor NRW nachhaltiges Industrieland werden kann, muss es Industrieland bleiben, müssen Unternehmensschließungen und Standortverlagerungen unterbunden werden. Dies erfordert eine aktive Industriepolitik der Landesregierung – und im Fall von Vallourec den Einsatz für den Verkauf und damit den Weiterbetrieb der Standorte.

## II. Der Landtag stellt fest,

- dass die geplanten Standortschließungen von Vallourec in Düsseldorf und Mülheim nicht im wirtschaftlichen und strategischen Interesse des Landes liegen und alle Möglichkeiten auszuloten sind, diese abzuwenden.
- dass mit einem Produktionsende bei Vallourec unkalkulierbare Ketteneffekte am Arbeits- und Wirtschaftsstandort NRW drohen.
- dass wesentliche Industriezweige wie die Stahlindustrie im Land Teil einer kritischen Infrastruktur sind, die hinsichtlich des Erfolgs der Energiewende als auch hinsichtlich der angestrebten Energiesouveränität für den Standort strategische Bedeutung haben.

---

<sup>3</sup> WAZ vom 01.06.2022, S. 9.

<sup>4</sup> [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/wirtschaftsminister-pinkwart-vallourec-soll-beschaefigte-best-moeglich-unterstuetzen\\_aid-70275393](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/wirtschaftsminister-pinkwart-vallourec-soll-beschaefigte-best-moeglich-unterstuetzen_aid-70275393)

<sup>5</sup> WAZ vom 01.06.2022, S. 9.

<sup>6</sup> WAZ vom 01.06.2022, S. 9.

<sup>7</sup> WAZ vom 01.06.2022, S. 9.

- dass die industrielle Zukunft Nordrhein-Westfalens riskiert wird, wenn staatlicherseits die sozial-ökologische Transformation nicht durch eine aktive Industriepolitik unterstützt wird.

### **III. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,**

- gemeinsam im Landtag Lösungswege zu suchen, diejenigen Industrieunternehmen im Rahmen einer aktiven Industriepolitik so schnell wie möglich zu stabilisieren, die durch steigende Energiekosten und anstehende Zukunftsinvestitionen im Zuge der Energiewende in ihrer Existenz bedroht sind.
- noch im Sommer 2022 in Nordrhein-Westfalen für alle beteiligten Akteure und unter Einbeziehung der anderen Stahlländer einen Stahlgipfel in NRW auszurichten, um verlässliche Rahmenbedingungen und konkrete Unterstützungen für die Branche in der Transformation auf den Weg zu bringen.
- unverzüglich das Gespräch mit der Konzernführung von Vallourec zu suchen und jegliche Möglichkeit eines Verkaufs der Standorte Mülheim und Düsseldorf mit dem Ziel des Weiterbetriebs und unter Einbeziehung des Fortführungskonzepts von IG Metall und Betriebsrat zu prüfen und unterstützend (moderierter Diskussionsprozess, Prüfung von Staatshilfen usw.) zu begleiten.
- die Einrichtung eines 30 Mrd. Euro schweren Transformationsfonds vorzunehmen, der mit überwiegend privaten Mitteln strategische Beteiligungen an Unternehmen erwirbt, die in der sozial-ökologischen Transformation auf neue Geschäftsmodelle, neue Energieträger oder auf kreislauforientierte Produktion umzusseln.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
André Stinka  
Rodion Bakum

und Fraktion